

Datenschutzhinweise für die Nutzung des Hinweisgebersystems

Die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorgaben hat einen hohen Stellenwert für uns. Nachfolgend möchten wir Sie über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, welche Sie uns bei einem Hinweis auf mögliche Verstöße gegen gesetzliche Vorgaben oder interne Regelungen mitteilen, informieren.

Der Hinweis geht per E-Mail, telefonisch, per Post an unsere externe Ombudsstelle (Ombudsperson: André Weinert), die diesen nach einer ersten Stichhaltigkeitsprüfung an uns zur weiteren Aufklärung weiterleitet. Unsere Ombudsstelle ist zur Einhaltung der Vertraulichkeit verpflichtet. Nur ein sehr kleiner Kreis ausdrücklich autorisierter und zur Vertraulichkeit verpflichteter Mitarbeitender erhält das Ergebnis der Stichhaltigkeitsprüfung. Die Kommunikation mit der Ombudsperson erfolgt stets verschlüsselt.

Sofern sich einzelne Hinweise als grob fahrlässig oder vorsätzlich erteilte unrichtige Informationen erweisen, kann Ihre Identität nicht vertraulich behandelt werden.

In bestimmten Fällen besteht für uns die datenschutzrechtliche Verpflichtung, die beschuldigte Person von den gegen sie erhobenen Vorwürfen gemäß des gesetzlichen Transparenzgebots zu informieren. Dies trifft regelmäßig zu, sofern die Informationserteilung an die beschuldigte(n) Person(en) die konkrete Hinweisaufklärung nicht mehr beeinträchtigen kann. Sofern keine gesetzlichen Ausnahmen vorliegen wird Ihre Identität als hinweisgebende Person nicht offengelegt und es wird sichergestellt, dass keine anderweitigen Rückschlüsse auf Ihre Identität möglich sind.

Bitte beachten Sie: Sofern sich einzelne Hinweise als grob fahrlässig oder vorsätzlich erteilte unrichtige Informationen erweisen, kann Ihre Identität nicht vertraulich behandelt werden.

Verantwortlicher

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung im Rahmen des Eingangs von Meldungen, die Stichhaltigkeitsprüfung und Dokumentation ist die externe Ombudsstelle. André Weinert, anonym: unter "einen Bericht abgeben", Telefon: 0381 – 36765481, E-Mail: info@wirtschaftskontor-weinert.de.

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung bei Offenlegung der Identität gegenüber der Zuständigen Stelle nach Maßgabe des § 9 Abs. 3 und 4 HinSchG sowie für die Verarbeitungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Folgemaßnahmen ist die Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt, Littenstraße 108, 10179 Berlin; E-Mail: kontakt@albert-schweitzer-stiftung.de; Tel.: +49 30 400 54 68 – 0.

Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

Die Nutzung des Hinweisgebersystems erfolgt auf freiwilliger Basis. Wir verarbeiten den Inhalt Ihres Hinweises sowie ggf. weitere personenbezogene Daten, sofern Sie uns diese mitteilen. Dies können insbesondere diese Daten sein:

- Name, sofern Sie Ihre Identität offenlegen
- Position (sofern Sie für uns tätig sind)
- Kontaktdaten, sofern Sie uns diese zur Verfügung stellen
- Eingangsbestätigung zu Ihrem Hinweis und die weitere Kommunikation mit Ihnen
- gegebenenfalls Namen von Personen, die in Ihrem Hinweis genannt sind, sowie weitere personenbezogene Daten dieser Personen

Bitte beachten Sie, dass Informationen über den Gegenstand Ihres Hinweises und die dort genannten Personen von der Ombudsstelle an die zuständige Stelle bei der Albert Schweitzer Stiftung weitergegeben werden können, sofern dies für die Durchführung interner Untersuchungen oder die Ergreifung von Folgemaßnahmen erforderlich ist. Sofern in diesem Zusammenhang Rückschlüsse auf Ihre Identität absehbar sind, leiten wir die Informationen nur weiter, sofern Sie gemäß § 9 Abs. 3 HinSchG Ihre Einwilligung erteilt haben.

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten verarbeiten wir für diese Zwecke:

- Prüfung erhaltener Hinweise auf Plausibilität: Vor der Einleitung von Aufklärungsmaßnahmen prüfen wir, ob ein Hinweis plausibel ist und auf einen Regelverstoß durch einen Beschäftigten schließen lässt.
- Aufklärung von Fehlverhalten: Handelt es sich um einen plausiblen Hinweis, können Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhalts sowie möglicher Verstöße oder Straftaten durchgeführt werden. Hierzu werden die in Ihrem Hinweis enthaltenen Informationen sowie weitere verfügbare Informationen herangezogen und verarbeitet. Dies betrifft beispielsweise die Aufdeckung und Ahndung von Betrugshandlungen, Korruption, Steuerstraftaten, Kartellverstößen, Geldwäsche oder sonstigen Wirtschaftsdelikten oder auch von Verletzungen unserer internen Verhaltensgrundsätze.
- Verhinderung zukünftigen Fehlverhaltens: Wird bei der Sachverhaltsaufklärung ein Verstoß festgestellt, können Folgemaßnahmen (Sanktionen) gegenüber den beschuldigten Personen ergriffen werden. Weiterhin fließen die Ergebnisse der Aufklärungsmaßnahmen – soweit sie dafür geeignet sind – auch in allgemeine präventive Compliance-Maßnahmen (z.B. Schulungen) ein und tragen so dazu bei, dass künftige arbeitsvertragliche Pflichtverletzungen oder Straftaten von Beschäftigten verhindert oder erschwert werden.
- Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen: Sofern ein Verstoß festgestellt wurde, können die im Zuge der Sachverhaltsaufklärung erhobenen Informationen dazu herangezogen werden, rechtliche Ansprüche geltend zu machen oder abzuwehren bzw. drohenden wirtschaftlichen oder sonstige Schäden von der betroffenen Gesellschaft oder Person abzuwenden.
- Entlastung von Beschäftigten: In Abstimmung mit den jeweils betroffenen Personen werden gegebenenfalls geeignete Aufklärungsmaßnahmen ergriffen, sodass mögliche Vorwürfe gegen zu Unrecht in Verdacht geratene Betroffene aufgeklärt und diese entlastet werden können.
- Umsetzung Mitwirkungspflichten: Gegebenenfalls müssen wir aufgrund gesetzlicher Mitwirkungspflichten die im Rahmen der Aufklärungsmaßnahmen erhobenen Daten an Strafverfolgungsbehörden oder sonstige Behörden weiterleiten. Dies kann der Fall sein, wenn eine Strafverfolgungsbehörde als Folge einer Aufklärungsmaßnahme ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen einen Betroffenen einleitet.

Die Datenverarbeitungen erfolgen grundsätzlich auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit § 10 Satz 1 HinSchG. Die genannten Datenverarbeitungen können je nach Verarbeitungszweck aber auch auf Grundlage anderer Vorschriften erfolgen, insbesondere gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit

- §§ 16 ff. HinSchG zu Zwecken der Einrichtung sowie Gestaltung der Meldestelle, der Durchführung eines internen Verfahrens oder der Ergreifung von Folgemaßnahmen;
- § 11 HinSchG zur Erfüllung der Dokumentationspflichten. Für die Aufzeichnung oder wortgetreue Protokollierung Ihres telefonisch oder mittels einer Sprachmitteilung erfolgten Hinweises benötigen wir Ihre Einwilligung. Diese werden wir in diesem Fall gesondert einholen und dokumentieren.

Sofern zur Erfüllung der Aufgaben der internen Meldestelle die Verarbeitung von besonderen Kategorien personenbezogener Daten erforderlich ist, erfolgt die Verarbeitung zusätzlich auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 lit. g DSGVO in Verbindung mit § 10 Satz 2 HinSchG.

In Einzelfällen erfolgt die Datenverarbeitung auf Grundlage unseres berechtigten Interesses gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO, sofern keine schutzwürdigen Interessen der betroffenen Personen überwiegen. Dies kann insbesondere im Zusammenhang mit Geltendmachung bzw. Verteidigung von Rechtsansprüchen, der Entlastung von Beschäftigten, der Prüfung der Relevanz für andere Gesellschaften und der Verbesserung der Compliancestrukturen der Fall sein.

Empfänger Ihrer Daten

Eine Übermittlung Ihrer Daten an Dritte erfolgt grundsätzlich nicht. Sofern eine Übermittlung Ihrer Daten zur Einleitung von Folgemaßnahmen erforderlich ist, erfolgt die Datenweitergabe ausschließlich, sofern Sie hierin einwilligen oder die Datenweitergabe gemäß § 9 HinSchG legitimiert ist.

Bei einer gesetzlichen Verpflichtung oder Erforderlichkeit für die Hinweisaufklärung kann es in Einzelfällen zu einer Weitergabe Ihrer Daten an Strafverfolgungsbehörden, Kartellbehörden, sonstige Verwaltungsbehörden,

Gerichte sowie unseren externen Rechtsbeistand kommen. Jede Person, die Zugang zu den Daten erhält, ist vertraglich oder gesetzlich zur Vertraulichkeit verpflichtet.

Eine Übermittlung Ihrer Daten an Stellen außerhalb der EU bzw. des EWR erfolgt nicht.

Datenlöschung

Ihre personenbezogenen Daten werden nach Abschluss des Verfahrens zu Dokumentationszwecken gemäß § 11 Abs. 5 HinSchG für drei Jahre aufbewahrt. In Ausnahmefällen kann es zu einer längeren Aufbewahrung kommen, sofern andere Rechtsvorschriften eine längere Aufbewahrung erforderlich machen.

Ihre Rechte

Sie haben gemäß Art. 15 DSGVO das Recht auf Auskunft über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten gemäß Art. 16 DSGVO oder auf Löschung, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Sie haben zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit.

In Fällen, in denen wir Ihre personenbezogenen Daten auf der Rechtsgrundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO verarbeiten, haben Sie zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die gegenüber Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Sie haben zudem das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat des gewöhnlichen Aufenthaltsorts, des Arbeitsplatzes der betroffenen Person oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden.

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Bei der Erfüllung unserer datenschutzrechtlichen Pflichten werden wir von unserem Datenschutzbeauftragten unterstützt. Die Kontaktdaten unseres Datenschutzbeauftragten lauten:

datenschutz nord GmbH, Konsul-Smidt-Straße, 8828217 Bremen

E-Mail: office@datenschutz-nord.de

Web: <https://www.dsn-group.de/>